

Der Halle Vierteljährlich bei vorläufiger  
Bestellung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühren.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Im amtlichen Zeitungsbereich  
unter „Sonder-Zustellung“ eingetragen.

Auf unvollständig eingehende Bestellungen  
wird keine Rücksicht genommen.  
Bestellungen nur mit Coucheingabe:  
„Sonder-Zust.“ gefastet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;  
der Annoncen-Expedition Nr. 1133.

# Saale-Beitung.

Überdreißigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren  
Raum mit 50 Pfg. mehr und durch mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von  
unsern Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditionen angenommen.  
Reklamen die Zeit 75 Pfg. für Halle  
und umher 1 M.

Ercheint täglich vormals,  
Sonntag und Montag ausnah.

Redaktion und Druck- & Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Ulrichstraße 17;  
Verlagsdirektion: Halle, Gr. Ulrich-  
straße 63, I. Telefon Nr. 591 u. 176.

Nr. 75.

Halle a. S., Dienstag, den 15. Februar.

1910.

## Die Posener Beamtenmaßregelungen im Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom Montag, 14. Februar.

Am Ministertisch: von Molke.  
Vizepräsident Dr. Posch eröffnet die Sitzung um 11 Uhr  
15 Min.

### Interpellation der Abg. Dr. Arning und Gen. (natl.):

Fr. der Königl. Staatsregierung bekamt, daß in der  
Provinz Posen gegen Beamte wegen ihres Ein-  
tritts für die nationalliberale Partei am-  
tliche Maßnahmen ergriffen worden sind? Willigt  
Sie diese Maßnahmen?  
Der Minister des Innern v. Molke erklärt sich zur sofortigen  
Santantwort der Interpellation bereit.

### Abg. Dr. Friedberg (natl.)

begündet die Interpellation. Im Kreise Bromberg waren früher  
alle nationalen Wähler im deutschen Wahlverein gegen die Polen  
vereint. Dieser Verein hat immer mit Unterstützung der National-  
liberalen konservative Kandidaten aufgestellt. Nachdem jedoch  
der Verein immer mehr ins agrarische Fahrwasser geriet, boten  
die Nationalliberalen in diesem deutschen Wahlverein, von den  
beiden Landtagsmandaten ein Mandat den Nationalliberalen zu  
überlassen. Das wurde aber abgelehnt. Infolgedessen kam es  
zur Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten für die  
Landtagswahl. Der nationalliberale Wahlauftrag wurde von  
verschiedenen Beamten unterzeichnet. Dieser wurde daraufhin  
von Regierungspräsidenten und auch vom Oberpräsidenten befannt-  
gegeben, daß es mit den Forderungen nicht vereinbar wäre, welche  
an das dienstliche und außerdienstliche Verhalten eines Beamten  
zu stellen wäre, wenn Beamte dazu beitragen, durch ihr Auf-  
treten das Zusammengehen der deutschen Kaiserhaltenden Par-  
teien gegenüber dem Polentum zu fördern und dadurch das  
Deutschtum zu gefährden. (Sehrhaftes Hört, hört! links.)  
Man hat ihnen auch angedeutet, daß, wenn sie nicht die national-  
liberale Kandidatur beilegen, sie man die Unannehmlich-  
keiten hätten. (Hört, hört! links.) Im Interesse des  
Deutschtums in der Dinarz hätten die Beamten ihre  
eigene politische Überzeugung zurücktreten zu lassen.  
Der Direktor Braun in Schneidemühl hat die Mit-  
teilung erhalten, daß er im Interesse des Dienstes verfehlt werden  
sollte. (Hört, hört!) Herr Professor Gerlach, der ebenfalls hier  
in Frage kommt, wurde durch seine Verlesung gewissermaßen die  
Treppe hinaufgenommen, aber fort mußte er an der allen  
Mühen. (Hört, hört! h. d. Natl.) Als unter Partei-  
freund Widmann zur Gründung eines nationalliberalen Vereins  
in Bromberg aufforderte, und ein Wahlzettel behaftet dafür ein-  
trat, wurde diesem angeordnet, daß die Agitation den Interessen  
der Staatsregierung zu widerspreche, daß er seine Verlesung zu  
erwarten hätte. Im Kreise Garnikow-Gilhe hat der Ober-  
präsident von Polen ganz einseitig für die Konfessionen gegen  
die Nationalliberalen eingetreten. Das beweist doch am Besten  
des konservativen Parteiregiment in Preußen.  
Wenn der Ministerpräsident das behauptet, so beweist das, daß er  
mit den Verhältnissen in der Verwaltung nicht vertraut ist. (Ohoh  
rechts.) In keiner verantwortlichen Stellung müßte er von diesen  
Vorgängen wissen. (Sehr richtig!) Einem jungen Lehrer, der  
in nationalliberalen Sinne tätig war, ist die strengste Mit-  
scheidung der Regierung durch seinen vorgelegten Direktor ausge-  
sprungen worden. An den gegen den Lehrer vorgebrachten Be-  
schuldigungen war kein wahres Wort. (Zurück des Abg.  
v. Pappenheim: Na, na!) Ich habe keine Worte für Ihr  
Verhalten, Herr v. Pappenheim. Der Ministerpräsident hat  
nichts ausdrücklich gesagt, daß Beamte in ihrer politischen Stellung  
unbeeinträchtigt bleiben sollten. Wie verträglich es ist damit,  
daß der Regierungspräsident einseitig die Partei vorzieht, zu  
der ein Beamter halten soll. Und zudem handelt es sich nicht  
einmal um log. politische Beamte!

Man könnte uns fragen, warum wir die Angelegenheit nicht  
unter der Hand der Staatsregierung vorgelegt und von dem etwas  
schwierigen Mittel der Interpellation abgesehen haben. Die Antwort  
ist einfach: Weil wir dann von der Regierung keine Antwort  
erhalten hätten! Vor einigen Jahren habe ich an die Regierung  
eine von einem starren Aktensatzel begleitete Anfrage  
geschickt, bis heute bin ich ohne jegliche Antwort geblieben!  
(Hört, hört!) Wir müssen aber in dieser Frage eine Aus-  
nahme machen, eine Ausnahme darüber, ob die Regierung  
gegen uns Front machen will. Wir werden fortan alle  
Fälle von Behinderung nationalliberaler Beamter, die wir er-  
kennen, hier mit richtiger Sachverhalte zur Sprache bringen.  
In der Stadt, aber auch unsere Parteileute gebietet uns, nicht zu  
denken, daß die Behörden gegen uns in solcher Weise zugunsten der  
Konfessionen vorgehen. Wir verlangen Auskunft von der Regierung,  
ob sie mit einer dem vorkommenden Frontstellung gegen  
die nationalliberale Partei umgeht, ob sie die Pflicht hat, den  
Beamtenapparat gegen uns im Interesse der Konfessionen zu  
verwenden. Ist das der Fall, dann ist das ein ganz unerhörtes  
und höchst unkluges Verhalten gegenüber einer Partei, die stets  
die nationalen Interessen im Auge vertritt und auf die  
Befreiung ihrer berechtigten Sonderinteressen verzichtet hat.  
Weil an uns liegt es, wenn jetzt eines großen Teils der oft-  
besprochenen Beschränkung sich Erleichterung bemächtigt hat, und wenn  
die Einigkeit der Deutschen im Osten gefährdet wird. Die Ver-

antwortung dafür trifft nicht uns, sondern den Posener Ober-  
präsidenten und den Regierungspräsidenten in Bromberg. Unter  
Vertrauen zu der angeleglich auf die Einigkeit aller Deutschen im  
Osten gerichteten Politik der Regierung ist hart erschüttert. (Zu-  
rufe im Zentrum.) Wir halten trotzdem an der Einigkeit  
der Deutschen fest, und wir sind froh, daß wir die Polen-  
politik des Zentrums nicht auf unser Konto haben! (Beifall  
bei den Natl.) Wir legen Wert auf eine Einigkeit der Deutschen  
in den Dinarzen. Wenn diese Einigkeit jetzt gefährdet sein sollte,  
so müssen wir die Schuld daran den Behörden zuweisen, und im  
Interesse der Einigkeit der Deutschen in den Dinarzen wünschen  
wir, daß die Behörden objektiv und unparteilich über den ver-  
schiedenen deutschen bürgerlichen Parteien stehen, daß keine  
Knechtung und keine Nechtung der politischen Überzeugung durch  
die Behörden unternommen wird. (Ohoh rechts. — Sehr richtig!  
links.) Wir erwarten von der Regierung eine unzweideutige  
Erklärung, daß sie in die politischen Verhältnisse der Beamten  
in treudeutscher Gesinnung nicht eingreift. Wir erhoffen von einer  
solchen Erklärung eine Lösung der Spannung, die sich augenblick-  
lich infolge des Vorgehens der Regierung in den Dinarzen  
geltend macht, und einen weiteren festeren Zusammenhalt der  
Deutschen, so daß bei den nächsten Wahlen die deutsche Sache zu  
einem glänzenden Siege geführt wird. (Lebhafte Beifall h. d.  
Natl.)

### Minister des Innern v. Molke:

Es ist richtig, daß der Abg. Friedberg 1907-08 mir Be-  
schwerden über das Verhalten der Behörden in Ostpreußen über-  
reicht hat. Selbstverständlich sind die damals mitgeteilten Tat-  
sachen einer Untersuchung unterzogen worden, und mo Anlaß zur  
Korrektur gegeben war, ist das Entsprechende veranlaßt wor-  
den. Ich behaupte, wenn damals unternommen ist dem Abg.  
Friedberg eine schriftliche Antwort zukommen zu lassen. Es ist  
das sonst nicht meine Art, und ich werde in Zukunft anders  
handeln. Aber es wäre doch Gelegenheit gewesen, auf diese Frage  
entwählich der zweiten Etatsberatung zurückzukommen; ich war  
froh darauf gefast. (Sehr richtig!) Die in Frage stehenden Vor-  
gänge haben sich auf dem politisch heiß umrittenen Boden der  
Dinarz abgespielt. Am he richtig zu verstehen, müssen wir in  
der parteipolitischen Geschichte etwas zurückblättern. Der Abg.  
Friedberg hat seine Ausführungen sogar erst auf Vorgänge aus  
dem Jahre 1903. Es ist klar, aus dieser Vergangenheit  
Tatsachen noch heute genau ans Licht zu ziehen, Tatsachen, die  
bei jedem Wahlkampf besonders auf einem so heißen Schlachtfeld  
wie dort, vorkommen werden. Demals handelte es sich aber  
um einen Kompromißkandidaten der Konfessionen, Freikonfessionen  
und Nationalliberalen gegen einen Freikönigen und bei  
dieser Konstellation lag eine Gefahr des Wahlsieges der Polen  
nicht vor. Die Interpellanten haben die Güte gehabt, mir  
Material, auf das sich die Interpellation stützt, an die Hand zu  
geben. Sie haben mich dadurch in die Lage versetzt, mich mit  
Bericht über die einzelnen Tatsachen zu versehen. Die Schluss-  
folgerungen, die der Interpellant aber aus dem Material ge-  
zogen hat, muß ich durchaus bestritten. Der deutsche Wahlverein  
im Wahlkreise Garnikow-Gilhe trat nach dem Tode des Abg.  
Zindler zur Vorbereitung einer Neukandidatur zusammen.  
Dieser Wahlverein ist schon im Jahre 1902 aus Konfessionen,  
Freikonfessionen und Nationalliberalen gebildet. In § 7 der  
Satzung dieses Vereins heißt es: Die Generalversammlung der  
amtlichen Vereinsmitglieder hat nicht nur über innere Vereins-  
angelegenheiten, sondern auch über die Kandidaturen für die  
parlamentarische Vertretung und über das Zusammengehen mit  
anderen Wahlvereinen endgültig zu beschließen. Die ersten Vor-  
sitzer, welche namentlich von diesem Wahlverein gemacht wurden,  
sind in der nationalliberalen Schneidemühl'ser Zeitung, eine  
günstige Aufnahme. Weitere Verhandlungen führten dazu, einem  
freikonfessionalen Landtagspräsidenten das Mandat anzubieten,  
für den auch die Stimmen der Freikönigen in Aussicht gestellt  
wurden. Dieser hat indessen das Mandat ausgeschlagen. Gleich-  
zeitig erschien aber die Reformpartei im Wahlkreis auf dem Plan  
und stellte einen eigenen Kandidaten auf, und nun stellte die  
Mitgliedervereinbarung des Wahlvereins ihrerseits einen Guts-  
besitzer auf. Gmnaßialdirektor Braun und Kreisfullinspektor  
Fund verlangten vergeblich Abtretung des Reichstags- oder eines  
Landtagsmandates an die nationalliberale Partei. Die Ge-  
nannten und der ebenfalls wiederholt von dem Herrn Vorredner  
bezeichnete Wahlzettel aus Schneidemühl nebst einer Anzahl  
anderer Beamter stützten sich dem Beschluß der Generalversamm-  
lung nicht und gründeten einen selbständigen nationalliberalen  
Verein. (Hört, hört!) Sie fügten sich dabei in erster Linie auf  
die Beamtenchaft. Unter den 84 Unterzeichnern dieses Aufrufes  
befanden sich nicht weniger als 22 Namen von Beamten, größtenteils  
unter Bezeichnung des Amtes. Die Wahlzettelvereinbarung  
wurde vom Gmnaßialdirektor Braun und Vollredner Fund so-  
wie anderen Beamten mit dem Amteilselbes bezeichnet, was nach  
parlamentarischen Gepflogenheiten als Wahlzettelvereinbarung gilt.  
(Anrufe h. d. Natl.) Der Erfolg lag in der Tat, daß der Kandidat  
des deutschen Wahlvereins kam in die Stichwahl gegen den Polen.  
Die Folge der nationalliberalen Sonderkandidatur ist gewesen,  
daß der deutsche Wahlverein im Kreise zunächst für die Zeit der  
Wahl ausgeschaltet wurde und damit das Band gerissen wurde,  
das gerade im kritischen Moment die im Kampf gegen die Polen  
eng verbündeten deutschen Parteien hier in sich und in vielen anderen  
Wahlkreisen der Provinz Posen zusammenhalten sollte. (Hört,  
hört! rechts.) Dadurch ist in der Tat

der nationale Beschluß gebildet

worden. (Sehr richtig! rechts. Ohoh! h. d. Natl.) Ich erinnere  
nur an die Zeitperiode; es waren Kandidaten verschiedener  
deutschen Wahlvereine, den Nationalliberalen, den Antijemiten,  
der Sozialdemokraten, den Polen und dem Zentrum. Bei dieser  
Zersplitterung war es nur sicher, daß der Pole in die Stichwahl  
kommen würde, aber durchaus unsicher, wer von den anderen  
Parteien ihm gegenüberstehen würde. (Sehr richtig! rechts.) Es  
war bei dem erbitterten Wahlkampf sehr leicht möglich, daß den  
Polen außer den etwa 1000 Sozialdemokraten jenen noch andere  
Stimmen aus dem verarmten deutschen Lager zufallen würden,  
A. B. wenn der Antijemite oder der evangelische Pfarrer in die  
Stichwahl kam. Nun zu dem Verhalten der politischen  
Beamten. Die ganz verworrene Schlinge gab dem Ober-  
präsidenten Anlaß, den Regierungsrat Daniel, übrigens Vor-  
sitzmitglied des nationalliberalen Vereins, zu veranlassen, die  
Angelegenheit mit dem Gmnaßialdirektor Braun in Schneide-  
mühl zu besprechen. Regierungsrat Daniel wies den Gmnaßial-  
direktor darauf hin, daß die nationalliberale Kandidatur des  
Polen einen anderen Erfolg haben könne, als der die Antijemiten  
Polen auf den Wahlsieger zu verurteilen. (Sehr richtig! rechts.)  
Von einem Druck auf die Wahlzettel, den der Herr Vorredner  
behaupete, ist dabei keine Rede gewesen. Regierungsrat Daniel  
hat ausdrücklich betont, daß den Beamten aus der Zugehörigkeit  
zur nationalliberalen Partei kein Vorwurf gemacht wird. Er  
selbst konnte viele andere Beamte in Posen wären Mitglieder des  
nationalliberalen Vereins, aber der Posener Verein werde nie  
daran denken, eine Sonderkandidatur für Polen aufzustellen, son-  
dern nur versuchen, im Wege der Verhandlungen mit den anderen  
deutschen politischen Vereinen auf die Aufstellung des Kandidaten  
Einfluß auszuüben. In dieser Weise müßten auch die National-  
liberalen in Schneidemühl vorgehen und sich mit dem hiesigen  
deutschen Wahlverein dort in Verbindung setzen. Gmnaßialdirektor  
Braun stimmte schließlich den Ausführungen des Regierungsrats  
Daniel zu und erklärte sich bereit, in diesem Sinne mit seinen  
politischen Freunden zu sprechen. Als er aber nicht lange darauf  
wiederum für die Sonderkandidatur öffentlich auftrat, hat ihn  
der Oberpräsident zu sich, um ihm seine Begehren nochmals aus-  
drücklich zu legen. Von irgend einer Drangsalierung  
ist bei dieser Gelegenheit keine Rede gewesen. Es weiter  
durch das Verhalten der Beamten die deutsche Wahlzettel-  
splitterierung wurde, hat der Regierungspräsident in Bromberg dem  
genannten Kreisfullinspektor Fund eröffnet, daß es ihm gewiß  
vollständig überlassen sei, ob er den nationalliberalen Kandidaten  
wählen wolle oder nicht, daß aber durch sein agitatorisches Auf-  
treten die Wahl des deutschen Abgeordneten in Frage gestellt  
würde. In einem Schreiben vom 15. August hat der Oberpräsident  
den Oberpräsidenten Fund auf den Zweckpunkt im deutschen Lager  
hingewiesen und ihm angedeutet, die Beamten bei geeigneter  
Gelegenheit auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammen-  
gehens der Deutschen in der Provinz Posen hinzuweisen. Die  
Lage ist damals auch in den Reihen der Gesamtpartei der National-  
liberalen keineswegs verkannt worden, wie ein Artikel der  
Kön. Zeitung, überhört, in „Aus der Dinarz“, der am Tage der  
Ergebnis erschien, zeigt; in diesem Artikel heißt es, daß sich die  
Deutschen in einem vom Polentum bedrohten Kreise unter keiner  
Umständen den

### Lage der Parteipolitik

lassen können. (Hört, hört! rechts.) Endlich hat der Regierungs-  
präsident in Bromberg in dem Schreiben, wenigstens für die Zu-  
kunft den Bruderwitz unter den Deutschen im Wahlkreise Gar-  
nikow nicht größer oder endlich gar unheilvoll werden zu lassen,  
den Vollredner Fund in Schneidemühl nochmals darauf hin-  
gewiesen lassen, daß er zum wenigsten nicht durch Betonung seiner  
amtlichen Stellung öffentlich agitatorisch hervorzu treten möge.  
(Hört, hört! h. d. Natl.) Wenn nun zum Teil durch die Inter-  
pellation und auch durch die Presse behauptet worden ist, es seien  
aus Anlaß des Eintretens von Beamten für die nationalliberale  
Partei noch nachträglich Maßregelungen vorgekommen, so ist das  
völlig aus der Luft gegriffen. Für die Ursache ist  
richtig, daß zeitlich nach der Wahl eine Verlesung und eine Ver-  
schlebung stattgefunden hat von Beamten, die sich zur national-  
liberalen Partei rechnen. (Sehr richtig! links.) Es hat wirklich keine  
Bedenken hier vor den hohen Hause Personalfragen und Fragen  
des inneren Dienstes öffentlich zu erörtern. (Sehr richtig!  
rechts.) Am lo richt ist es sich für mich um Angelegenheiten  
eines fremden Staats handelt. Bei der Lage der Sache aber,  
die meiner Auffassung nach volle Öffentlichkeit bedingt, und um aus  
dem Standpunkt der Rpl. Staatsregierung zu kennzeichnen, will  
ich im Einverständnis mit dem Herrn Kultusminister, aber unter  
Verwahrung gegen jede Verjährung über diese beiden Vorgänge  
folgendes mitteilen: Ein Gmnaßialprofessor, den der Herr Vor-  
redner genannt hat, aus Schneidemühl, ist am 1. April 1909, also  
1/2 Jahr nach der Reichstagswahl, um Schneidemühl verlegt  
worden. Die Verlegung war aus innerdienstlichen Gründen er-  
folgt. Der Betreffende war als Hilfsredner in Schneidemühl  
entbehrlich und ist erst jetzt worden durch einen anderen, der die  
Funktions für Deutsch, Englisch und Geschichte hatte. Webrigens ist  
er keinem persönlichen Wunsch entsprechend statt nach Braunsfeld  
nach Bromberg verlegt worden. Der Gmnaßialdirektor ist am  
1. Oktober 1909, 1/2 Jahre nach dem Wahlkampf, auf seinen  
Wunsch unter Verteilung einer Auszeichnung in den Ruhestand  
verlegt worden, weil seine Kräfte den Anforderungen des Dienstes  
nicht mehr entsprechen. Er war 67 Jahre alt. Am 10. Februar  
gelegentlich der Besprechung der Interpellation hier genannt wird,  
daß bei der unklugen Unternehmung mit dem Regierungsprä-



jetzt besser getan, davon abzusehen, ihre uneingeschränkte Sympathie für Deutschland auszusprechen, da hier zwei Mächte in Betracht kämen. Vom deutschen Standpunkte aus ist dieser Bemänglung nur selbstgefällig zu werden, daß man in Deutschland die freundlichen Worte man in England sympathisch bezeichnet, daß es aber bei uns keinem ernst zu nehmenden Politiker in der Sinn kommt, der in Deutschland gerichteten Freundschaft eine unfeindliche Tendenz gegen irgend eine andere Macht zu unterstellen.

### Auf der Straße zu demonstrieren

empfiehlt Dr. Breitfeld, der Führer der Demokratischen Vereinigung, jetzt auch den Freisinnigen. Er schreibt in seiner Wochenchrift: „Daß der Kampf nicht nur in den Parlamenten ausgetragen werden kann, muß sich der Freisinn ebenfalls gefolgt haben. Das Volk muß sprechen, wo immer es dazu Gelegenheit findet. In den Versammlungen. Auf den Straßen. Überall dort, wo es durch seine Masse wirken kann. Denn neben der Idee der Gerechtigkeit ist die Zahl seine einzige Waffe. Die Sprache aber darf nicht auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft beschränkt sein. Die Arbeiter sollen einstimmen, zum mindesten aber sollen sie sich nicht an den Versuchen beteiligen, den Entschuldigungsreden der Entrechteten zu erwidern.“

Herr Dr. Breitfeld verlangt oder noch mehr! Er steht voran, daß es aus Anlaß der Wahlrechtsfrage zu sein muß. In diesen Streit kommt und fordert von den Liberalen, daß sie diesen Streit dann moralisch unterstützen sollen. Bekanntlich ist es aber überhaupt nur ein kleiner Rest der Sozialdemokraten, der mit dem Massenstreik einverstanden ist. Der gute Dr. Breitfeld aber möchte so gar die Bürgerlichen für eine solche Kundgebung gewinnen. Wie sich nur in dem Kopfe dieses Mannes die Welt malt!

## Parteinachrichten.

Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Abgeordnetenhauses hat sich bereits dahin entschlossen, den Versuch zu machen, das gleiche und geheime Wahlrecht in der Wahlrechtsfrage hinein zu bringen. Zu diesem Zwecke stellt die freisinnige Fraktionsgemeinschaft in der Wahlrechtskommission den Antrag, den § 4 des Entwurfes in folgender Fassung anzunehmen: „Das Wahlrecht ist für alle Wahlberechtigten gleich. Es wird in Berlin durch verdeckte Stimmzettel ausgeübt. Die Abgeordneten werden von den stimmberechtigten Wählern des Wahlbezirks unmittelbar gewählt.“

Der Antirivoland der nationalliberalen Partei tritt am 13. März in Berlin zu einer Besprechung der innerpolitischen Lage zusammen.

Ein schwerer Vorwurf. Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete, Landgerichtsdirektor Heine, behauptete in einer zu Dresden gehaltenen Rede, daß die preussische Regierung sich an den Fortschritten der Sozialdemokratie mitschuldig mache, indem sie die Gelegenheit verläßt, haben die bürgerlichen Parteien Ziele zu setzen, denen sie in gemeinsamer Arbeit zustreben könnten. Die preussische Wahlreform sei diese Gelegenheit gewesen. Diese Reform sei aus von den Angelegenheiten des Reiches nicht zu trennen und werde bei den nächsten Reichstagswahlen die Stimmabgabe von Hunderttausenden von Wählern bestimmen.

## Parlamentarisches.

Der Senatskonvent des Abgeordnetenhauses beschloß sich gestern mit der Frage, ob man aus Anlaß der Vorstimmnisse in der Donnerstagssitzung eine Aenderung der Geschäftsordnung vorsehen soll, dahingehend, daß die Geschäftsordnung die Disziplinargewalt des Präsidenten und des Hauses gegen Ausschreitungen rückte. Ferner wurde die Frage erörtert, ob nicht aus Anlaß der Rede des Abg. Liebknecht, die länger als drei Stunden dauerte, in der Geschäftsordnung vorgelesen werden sollte, daß nach einer gewissen Frist der Präsident ermächtigt werde, das Haus zu verlassen, ob es einen Redner weiter hören will oder nicht. Beide Fragen wurden mangels einer Uebereinstimmung der Mitglieder des Senatskonvents der Initiative der einzelnen Parteien überlassen.

## Halle und Umgebung.

### Stadtvorordneten-Sitzung.

Am Vorstandsitz der Herren Geh. Kommerzienrat Steiner, Baumeister Gygas und Fabrikant Grecher. Eingegangen ist eine Petition der Frau Auguste Müller aus der Feldstraße, die geltend macht, daß ihr Haus feuergefährlich durch Holzwasser stark beschädigt worden sei. Sie habe infolge Verminderung des Entzuges ihre Hypothekensummen nicht bezahlen können, und so stehe denn am 22. d. M. ihr Grundbesitz zur Zwangsversteigerung. Sie führe zwar bereits gegen die Stadt einen Prozeß auf Entschädigung, aber es der entchieden sei, sei sie wirtschaftlich ruiniert.

Der Herr Vorsteher empfiehlt Ueberweisung der Petition an den Bauauschuß zur schleunigen Prüfung, damit das Plenum nächsten Montag Stellung nehmen könne. Westlich könne die Stadt das Haus kaufen. Herr Stv. Höftele meint, die Stadt werde kaum besser können, denn das Grundstück sei mit Hypotheken stark überlastet; es ruhen 28000 Mark darauf, eine Belastung weit über den Wert. Die Bauverwaltung habe sich schon damit beschäftigt. Wenn die Stadt durch Ankauf solcher Häuser die Selbstkosten, was ja an sich wünschenswert sei, zum Verschwinden bringe, werde das sehr schicklich sein. Herr Stv. Hoffe ist der Ansicht, daß man wenn irgend 28000 Mark eingetragene seien, dann müßte doch auch der Rückgangswert dementsprechend gemessen sein.

Der Saal- und Grundbesitzerverein von Halle a. S. regt an, die nördliche Seite der Richard Wagnerstraße zu pflastern und mit Alcedämen zu bepflanzen. Auf die Sache geht an den Bauauschuß. Im Namen des Gemeindevorstandes von St. Pauli

petitionierter Pfarrer Bach um Verbesserung der Zugangswege zur Pauluskirche. Die Petition wird dem Bauauschuß zugewiesen.

### Verlängerung der Stadtbahn durch die Beesenerstraße zur Hutt-nstraße

Herr Bürgermeister v. Holly erklärt, der Magistrat habe an die Stadtbahn geschriben, ob sie die Linie bauen wollen. Eine Antwort ließe aber noch aus. Die Eingabe wird zwei Monate zurückgelegt.

Weiter ist noch von den sozialdemokratischen Stadtverordneten eine

### Interpellation

eingegangen: „Ist dem Magistrat das blutige Eingreifen der Polizei am Wahlrechts-Sonntag bekannt? Willigt er die schwere Störung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit durch die Polizei? Ist es Tatsache, daß aktive Militärpersonen als Polizeibeamte verwendet sind und Abzeichennummern getragen haben, die ihnen nicht zuzufallen?“

Der Herr Vorsteher fragt den Magistrat, ob er zur Beantwortung der Interpellation bereit sei.

Herr Bürgermeister v. Holly erklärt, die Sache gehe nur die Polizei an, nicht den Magistrat, sie falle auch aus der Kompetenz der Versammlung heraus.

Herr Stv. Thiele befreit das. Es seien durch die Tätigkeit der Polizei am gestrigen Sonntag Ausgaben entstanden, die der Kontrolle des Polizeistabes unterliegen. Also habe ein Recht, darüber zu debattieren und Auffklärung zu verlangen vom Magistrat als Chef der Polizei. Der Magistrat suche natürlich durch die Kompetenz zu retzieren.

Herr Bürgermeister v. Holly entgegnet, der Magistrat danke gar nicht daran, vor Herrn Thiele zu retzieren. Wenn Herr Thiele sagt, der Magistrat sei der Chef der Polizei, so zeige das eine große Unkenntnis, die aber Herr Thiele nicht einmal tafächlich besitze, sondern nur vorgebe, weil es ihm so passe.

Herr Stv. Thiele zieht die Interpellation zurück mit der Bemerkung, er wolle die Angelegenheit heute noch beim Polizeietat zur Sprache bringen.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Die Punkte 1-3

### Besoldungsanträge

werden vertagt, da sie im Etatsausfluß noch nicht abgelöst sind.

Punkt 4 betrifft den händischen Etat. Es werden erledigt die Kapitel: Berechtigungen (Ref. Herr Stv. Thiele), gewinnbringende Unternehmungen (Ref. Herr Stv. R. n. a. b.), Kapital- und Schuldverwaltungen (derselbe Ref.), allgemeine Verwaltung (Ref. Herr Stv. Zell) und Polizeiverwaltung (derselbe Ref.).

Beim Kapitel Polizeiverwaltung erhält das Wort zu Ausführungen über

### die blutigen Krawalle des letzten Sonntags

Herr Stv. Thiele: Schon seit Jahren haben wir Anlaß, beim Polizeietat Beschwerde über unsere Polizeiverwaltung zu führen. Die hiesigen Polizeibeamten sind auch in auswärtigen Wählern eine stehende Ruhr. Gestern nun hat sich ein Vorgang abgespielt, der ganz unglücklich ist, der alles Maß übersteigt. Was ist geschehen? Sie wissen, daß gestern in ganz Preußen nicht nur der Arbeiter, sondern auch andere von dem Rache Gebrauch gemacht haben, das ihnen zuleist: für die Aenderung des Wahlrechts zu demonstrieren. Von dem Recht, zu demonstrieren, wird ja in Deutschland häufig Gebrauch gemacht. Es wird niemandem verwehrt, der mit der Monarchie einverstanden ist, für diese Meinung zu demonstrieren. Die Polizei hilft ihm sogar dabei, indem sie für derartige Demonstrationen die Wege frei hält usw. Das Recht zu demonstrieren, ist auch in allen anderen Ländern anerkannt. Gestern nun demonstrieren wir und zwar in muntergültiger Ordnung, trotzdem die Demonstration viele Tausende umfaßte. Die Demonstranten liegen, als sie aus ihren Lokalkästen kamen, mit Fleisch die enge Ulrichstraße besetzte und gingen zur Alten Promenade zum Theater. Dort wurde ein Arbeiterkries gesungen und ein Hoch aufs Reichstagswahlrecht ausgebracht. Wenn die Polizei das nicht wollte, konnte sie mit Strafmandaten vorgehen. Mit dem Abhängen des Arbeiterkreises war eigentlich die Demonstration zu Ende. Da springen plötzlich Schulleute hinzu, dem Säbel in der Faust, niemand hat eine Aufforderung zum Auseinandergehen gehört; die scharfen Säbel saufen auf die Köpfe, die Menge weicht zurück, als sie die wühlenden Polizeibeamten sieht; sie retzieren zum Raulenberg, aber da werfen sich ihr Berittene entgegen, die ins Publikum hineinpringen und los schlagen. Schwere Verwundungen hat's gegeben (Lachen). Wer darüber lacht, den wünsche ich, daß ihn der Zufall mal dorthin geführt hätte, wo die Siebe stelen. Mir ist glaubwürdig erzählt, daß am Sonnabend noch die Siebe geschliffen seien. Gegen 20 Menschen sind in die Klinik gebracht; auch Kinder sind verunndet. Ein Kollege von uns hier im Saal durfte nicht über den Markt. Auch Herr Kollege Knabe ist durch Schulleute über den Markt geführt. Die Polizei selbst hat die öffentliche Sicherheit gefährdet, indem die Leute angriff, die sich nicht im mindesten wider das Gesetz verhalten haben. Die Polizeibeamten haben sich an der Hauptpost zum Teil wie tolle Indianer verhalten. Es wird ferner behauptet, daß als berittene Schulleute

### affine Unteroffiziere der Artillerie

verwendet worden seien, die man in Uniform gekleidet hat. Auch die Nummern der Schulleute wurden verlesen, so daß die Beamten daran nicht kenntlich waren. Ich frage den Magistrat, was er zu solchen Vorgängen sagt. Das Auftreten der Polizei war unerhört und entpraß nicht ihren Aufgaben.

Herr Vorsteher Steiner: Ich glaube, es ist niemand im Saal und niemand in der Bürgerlichkeit, dem es nicht herzlich leid ist, daß bei den Krawallen eine Reihe Personen und Besitztümern Schaden zugefügt worden, von denen man noch nicht weiß, ob sie schuldig oder unschuldig waren. Waren sie schuldig, so empfangen sie verdienten Lohn; waren sie unschuldig, so

ist der Vorgang sehr zu beklagen. Ich möchte aber bemerken, wer die Gewalt über die Massen verliert, zieht sich hinter der Straße zurück. Herr Thiele sagt ja selbst von sich, daß er gestern auswärts gewesen ist. Und die Straße gehört dem Verkeh und nicht den Demonstranten. Leute, die

### politische Einsicht

haben, wissen, daß mit Straßendemonstrationen nicht die Wahlrechtsfrage gelöst werden kann. Wenn es sich darum handelt, wie die Sozialdemokratie es will, das gleiche Wahlrecht allen Personen von 20 Jahren an zu geben, auch ihren Weibern, so — (Der Schlußsatz bleibt bei der Unruhe des Hauses am Bestenlich unverständlich.)

Herr Bürgermeister v. Holly: Ich rede nur als ein jedes Magistratsmitglied und bringe hier nur meine persönliche Auffassung vor. Ich komme dem Herrn Vorsteher völlig bei. Herrn Thiele's Rede ist zum Genen hinans gehalten, nicht im öffentlichen, sondern im Parteinteresse. Ich glaube, Herr Thiele will auch von sich

### die Verantwortung

auf andere abwälzen. Er sagt: Straßendemonstrationen sind überall erlaubt. In welchem Geheh steht denn das? Das Gesetz nennt die Art der Demonstration, wo man sie gestern erlebt haben, einen Aufzug auf öffentlichen Straßen, und dazu ist die Erlaubnis der Polizei nötig, die weder nachgelassen noch erteilt ist. Wer die Herren gesehen hat, wie sie den Adonatsweg entlang kamen, die ganze Straßbreite füllend, weiß, daß es sich um eine Störung des Verkehrs gehandelt hat. Die Anwesenheit mußten, daß sie ihre Anhänger zu gefährlichen Handlungen anstiftete. Deshalb gerade, weil die Demonstration gefährlich war, wurde sie unternommen. Die Herren haben sich gesagt: wir müßten

### Terrorismus

verbreiten, wir müssen dem Gesetz trotzen und da hat die Polizei die Pflicht, solchen terroristischen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck entgegenzutreten. Wenn es mal solche Demonstration, solcher Artzung gestattet würde, was wäre der nächste Schritt? Gott sei Dank, in Halle sind wir noch nicht so weit, daß wir es uns gefallen lassen brauchen, wenn man dem Gesetz Hohn spricht. Herr Thiele sagt: es war eine muntergültige Ordnung. Ich muß ihm entgegen: die Leute, die den Zug bildeten, sind für mich wirklich keine Muffler. Die Schulleute sind schmer genant und beschimpft und bedroht. Man hat sie Wundstube genannt und hat sie mit Steinen demornt. Sind Leute, die so etwas fertig bringen, Muffler? Gewiß, 1848 hat man sogar Barrikaden errichtet; für Herrn Thiele mag das ein Muffler sein, für uns nicht. Wenn solche Beschimpfungen und Bedrohungen der Schulleute vorkommen, dann sollen sie die Waffe gebrauchen, die ihnen zum Schutz gegeben ist.

Ich behauere sehr, wenn auch Unschuldige verletzt sind; festgestellt ist das noch nicht. Aber ich muß auch sagen: wer sich in Gefahr bezieht, leidet Schaden. Es ist eine

### strafbare Neugier

wenn die Leute, die sonst mit der Sache nichts zu tun haben, aus Schaulust dorthin laufen. Aber viele waren geradezu gierig, sich den Spektakel anzuschauen. Ich hätte es zehnmal lieber gesehen, daß die Führer nicht hinter den Türen, sondern an der Spitze gestanden hätten, als der Zusammenstoß mit der Polizei erfolgte. Das wäre mir bei Gott lieber gewesen, als daß womöglich Neugierige, Schaulustige verletzt worden sind. Was Herr Thiele da von den Unteroffizieren erzählt, die man zu Schaulustern herausgeholt habe, so sind das

### Ammenmärchen.

die er wohl selbst nicht glaubt; ebenso die sinnlose Geschichte von den verlaufenden Nummern auf der Achselklappe. Unsere Polizei hat vollständig korrekt gehandelt.

Herr Stv. Gerig: Es ist nicht den Tatsachen entsprechend, wenn man hier die Polizeibeamten als die unschuldigen Pächter hinstellt. Die Menge hat die Polizei nicht provoziert. Die Führer sind dem Zuge vorangefahren, die Redakteure und Parteibeamten; sie haben sich nicht hinter den Türen versteckt, auch ich war mit an der Spitze des Zuges. Niemand hat uns aufgefordert, auseinanderzugehen. Die Demonstranten vertrieben sich bereits, als die Polizei die Attacke ritt. Es ist als viele Menschen flüchtend am Boden lagen, fiel das Wort: Muffstunde. Wenn die Polizeibeamten sich benommen hätten wie ruhige, besonnen Beamte, wäre das Muffstunde nicht geschehen. Es ist fast selbstverständlich, wenn Tausende von Menschen, was das Gesetz durchaus gestattet, Versammlungen besuchen und die Versammlungen sind zu Ende, dann muß sich doch ein Strom von Tausenden auf die Straße ergießen. Die Schulleute trieben am Theater die Menge mit dem Säbel in die Flucht, aber von der anderen Seite wurden sie auch festgehalten und zusammengedraht. Was das bezeugen, war das nötig?

### Verantwortlich

ist in erster Linie der Leiter der Exekution, Herr Oberinspektor Wegemann. Ich beantrage, diesen Beamten in den Ruhestand zu versetzen. (Wieselfüßiges Gelächter.) Nach weiterer unweiserlicher Debatte wird abgestimmt und das Gehalt für Herrn Wegemann mit allen gegen die 5 sozialdemokratischen Stimmen bemittelt, ebenso werden 1000 Mark für Rundschafterdienste bewilligt. Ein Antrag des Herrn St. Pierburg, die Postion zu streichen, da ja nur agents provocateurs damit geschädigt würden — wieselfüßig habe so ein agent provocateurs auch am Sonntag am Theater den Stein gegen die Polizei geworfen — wurde gleichfalls gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eodann genehmigte die Versammlung den folgenden Polizeietat, ferner den der Staats- und Provinzialanlassgelegenheiten (Ref. Herr Stv. Colberg) und das Rixdarswebers (Ref. Herr Stv. v. Blum). 5. Die Herren Gehobter Gans und Alexander Meyer, hier, beschuldigen den Anwalt der auf ihrem Gelände wohnen Stenbanners und Reesenerstraße projektierten Straßenzeile. Von diesen sind die Straßenz. 1 und 5 noch fluchtlinienmäßig festzulegen. Der Anwalt sieht





Berliner Börse, 4. Febr. 1913

Umsatz in Millionen Mark 1.141.110,00 ...

Preis der 100 Mark ...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Berliner Brauereien'.